

II-6135 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3130/J

1988 -12- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Ettmayer
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Maßnahmen zur Terror-Bekämpfung

Nach einer Meldung im "Kurier" vom 6. Dez. 1988 sollte das französische Visa-System für die westeuropäischen Nicht-EG-Mitglieder (darunter Österreich) durch eine verstärkte Anti-Terror-Kooperation zwischen Frankreich und diesen Staaten abgelöst werden. Diese Lösung werde entweder im Rahmen einer Vereinbarung mit den EFTA-Staaten oder im Europarat zustande kommen. Dies habe der Außenpolitische Sprecher der SPÖ, Dr. Jankowitsch, bei einem Gespräch mit Ministerpräsident Rocard erfahren. Zwischenzeitlich wurde von der französischen Regierung bekanntgegeben, daß die Visapflicht für die Europaratsstaaten (ausgenommen die Türkei) abgeschafft werde.

Österreich hat sich im Rahmen des Europarates besonders intensiv mit der Terror-Bekämpfung befaßt und in den entsprechenden Komitees sogar den Vorsitzenden gestellt. Neben dieser Zusammenarbeit nimmt Österreich aber auch an den Beratungen der TREVI-Gruppe sowie der Pompidou-Gruppe teil. Darüberhinaus gibt es, wie vom Innenminister in mehrfachen Anfragebeantwortungen ausgeführt wurde, neben der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der INTERPOL eine Reihe bilaterale Kontakte zur Bekämpfung des Terrorismus.

Im Hinblick darauf ist es erstaunlich, wenn zunächst von französischer Seite die Beseitigung der Visa-Pflicht mit einer verstärkten Zusammenarbeit zur Terror-Bekämpfung in Zusammenhang gebracht wurde und kurze Zeit danach die Visapflicht aufgehoben wird.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Hat Ihnen Dr. Jankowitsch über seine Gespräche mit Ministerpräsident Rocard betreffend eine verstärkte Kooperation zur Terror-Bekämpfung als Voraussetzung für die Abschaffung des Visazwanges für Frankreich berichtet?
- 2) Worauf führen Sie dieses offenbare Mißverständnis zurück, daß die bisherige Zusammenarbeit im Bereich der Terrorbekämpfung nicht ausreichend gewesen sei?
- 3) Sehen Sie die Notwendigkeit zu einer verstärkten Zusammenarbeit zur Terror-Bekämpfung?
Wenn ja, welche zusätzlichen Maßnahmen wären hiezu denkbar?